

# Aus der politischen Woche

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **16 (1926)**

Heft 9

PDF erstellt am: **26.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Aus der politischen Woche.

Die europäische Politik in Genf.

Die Diskussion über die Frage der Erweiterung des Völkerbundesrates ist im vollen Gang. Wenn es eines Beweises bedürft hätte, daß das Werk von Genf noch nicht vollendet, vielmehr erst im Werdestadium ist, so wäre er durch diese Streitfrage erbracht worden. Nein, die Völkerfamilie sitzt noch nicht einmütig um den Friedentisch, gleicher Rechte und gleicher Ziele bewußt. Noch gibt es an diesem Tisch Hungerige, Ungefäßigte, aber auch solche mit riesigen Appetit, die beständig mit großer Kelle schöpfen und andern kaum den bescheidenen Rest gönnen, neben Bescheidenen und Zufriedenen. Eigentlich bestehen in Genf zwei Tische, um im Bilde zu bleiben: Einer für die Großmächte — Völkerbundsrat geheißten. Hier wird nach Bedürfnis gegessen; vorweg wird verteilt und verspeißt, was Ehbares aus der politischen Küche kommt. Von Zeit zu Zeit werden auch die kleinen Mächte zum Male eingeladen und am andern Tisch sitzen sie dann mit den großen zusammen. Hier dürfen sie essen, was am kleinen Tisch schon säuberlich zerteilt und zerlegt worden ist; ganze Stücke finden sich keine mehr in den Schüsseln; das Mahl geht so friedlich und rasch vor sich, und es bleibt Zeit zu schönen Tischreden über den europäischen Frieden und die schönere Zukunft. Das große Bankett mit dem leichtvertaulichen Menu — das ist die Völkerbundsversammlung.

Deutschland hat in Locarno die Zusicherung erhalten, daß es als Großmacht, als fünfte, sind an den kleinen „Tranchiertisch“ sitzen dürfe. Seine Messer sind schon geschliffen, sein Appetit ist groß, riesig groß. Nun tauchen plötzlich Schwierigkeiten auf. Nicht, daß man Deutschland den Sitz verweigern will. Aber es wollen nun auch Polen, Spanien und Brasilien mit an dem Tisch Platz nehmen. Natürlich gibt das eine veränderte Situation. So war es nicht gemeint in Locarno. Von andern neuen Mitgliedern in den Völkerbundsrat war dort nicht die Rede. Deutschland hat auch diesbezüglich keine Vorbehalte gemacht. Nun sieht es sich von dieser neuen Situation überrumpelt. Polens Mitgliedschaft kann ihm gar nicht erwünscht sein. Denn Polen wird als Partner Frankreichs automatisch immer das französische Gewicht verstärken, wo es sich um eine deutsche gegen Frankreich und Versailles gerichtete Forderung handelt. Wie steht's mit Spanien und Brasilien? Ersterer Staat steht momentan in enger Interessengemeinschaft mit Frankreich. Im Rißkriege haben beide Mächte gleiche Ziele und dürfen sich naturgemäß auch auf politischem Boden nicht entgegenarbeiten. Brasilien, als Repräsentant des lateinischen Amerika — zeitweilig auch Spanien — dürfte den italienischen Einfluß stärken, der momentan antideutsch orientiert ist. Für Deutschland ist die Erweiterung des Völkerbundesrates auf acht Mitglieder entschieden nicht wünschenswert.

Aber auch die englischen Interessen stehen dieser Lösung entgegen. Denn in einem vermehrten Ratskollegium verliert die einzelne Stimme an Gewicht. Auch England wünscht nicht die Verstärkung des französischen Einflusses im Völkerbundsrat durch das polnische Mandat. Ein lautloser aber hartnäckiger Kampf wird zur Stunde zwischen London und Paris ausgefochten. Die schöne Harmonie der beiden Premiers, wie sie bei jeder neuen Zusammenkunft hochoffiziell festgestellt wird, vermag die Diskrepanz der beidseitigen Staatsinteressen nicht aufzuheben. Chamberlain wünscht als Engländer — die Labourpartei fühlt in diesem Punkte nur englisch — eine Kontinentalpolitik ohne Hegemonie von irgend einer Seite. Die französische ist ihm ebensowenig genehm, wie die im Weltkrieg erledigte deutsche es gewesen war. Gerade in diesem Momente sehen wir den englischen Einfluß überall einer Konsolidierung Europas im französischen Sinne entgegenwirken. Das von Frankreich in der Fälscheraffäre schwer bedrängte Ungarn wird

von England geschützt. Graf Bethlen ist im Begriff, über die Opposition im eigenen Lande zu triumphieren. Er geht nicht, so schwer er auch durch seine Mitwisserschaft um die



Sir Drummond.

der Generalsekretär des Völkerbundes, weite kürzlich in Berlin zur Besprechung mit Dr. Stresemann über die Förmlichkeiten des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund.

Fälschung französischer Noten, die eingestandenermaßen gegen Frankreichs Geldwesen gerichtet war, belastet ist. Man kann diese Widerstandskraft des ungarischen Ministerpräsidenten nur aus dem französisch-englischen Gegensatz heraus begreifen.

Dieser Gegensatz tritt in greller Beleuchtung zutage bei der französisch-türkischen Verständigung, die eben in Angora abgeschlossen worden ist. Ueberraschend kam sie nicht; sie liegt in der Linie der traditionellen französischen Orientpolitik. Immer, wenn England mit den Türken im Konflikt lag, drückte Frankreich den Herren in Angora die Freundeshand. So während des griechisch-türkischen Krieges, den England indirekt gegen die Kemalisten um den Bosphorus führte, so heute wieder, da London in der Irakfrage gegen Angora engagiert ist. Noch dementiert Paris die englandfeindliche Spitze des Abkommens: es sei nicht wahr, daß de Jouvenel, der syrische Gouverneur, der den Türken die Ehre eines Besuches ihrer jugendlichen Hauptstadt gegönnt hat, — übrigens darin das Beispiel des englischen Unterhändlers in der Irakangelegenheit befolgend — das Stück Nordsyriens abgetreten habe, durch das die Bagdadbahn nach Mosul führt. Das wäre in der Tat ein unfreundlicher Akt gegen England gewesen, da dieses Bahnstück in einem künftigen Krieg um Mosul eine ausschlaggebende Rolle spielen wird und da Frankreich bisher die strikte Loyalität in der Handhabung der syrischen Neutralität zugesichert hatte. Eine Abtretung syrischen Gebietes an die Türkei durch Frankreich ist auch darum nicht glaubhaft, weil Frankreich als bloße dem Völkerbund verantwortliche Mandatmacht dazu gar kein Recht hat. Sicher ist bloß, daß de Jouvenel mit Ruchdi Bey einen Freundschafts- und Neutralitätsvertrag geschlossen hat, der allerdings in der gegenwärtigen Situation für die Türkei eine Rückendeckung bedeutet — die zweite nach der durch den Vertrag mit Rußland im Norden gewonnenen — die den Engländern nicht gleichgültig sein kann. Zweifellos werden sie ihre Gegenzüge in Bereitschaft haben, vielleicht schon getan haben. Die unerwartete Offensive des neuen Beherrschers von Arabien, Ibn Saud, gegen Transjordanien hin, mag so gedeutet werden. Denn man weiß, daß England dem siegreichen Wahabitenführer die

Freundschaft angetragen hat. Es wird damit kaum anders gemeint sein, als daß Ibn Saud an Stelle seines Vorgängers Hussein, des vergangenen Königs von Hedschas,



Srithjof Hansen,

der um den Weltfrieden hoch verdiente Vertreter Norwegens in Genf, wurde kürzlich durch Verleihung des Titels eines Vordozentors der schottischen Universität St. Andrews geehrt.

die englische Schachfigur sein soll. Der Zug gilt diesmal Abdullah, dem undankbaren Schützling Englands, durch dessen Gnade König von Transjordanien, der nun offenkundig antienglische Politik treibt. Indirekt wird mit ihm Frankreich in Syrien angegriffen.

Frankreichs Syrienpolitik ist überdies im gegenwärtigen Augenblick der Gegenstand einer eingehenden Untersuchung. In Rom tagt eben, unter dem Vorsitz des Italiener Theodoli, die Mandatskommission, die unter anderem auch die Klageeingaben der Syrier gegen Frankreich zu prüfen hat. Die Anhänger der Unabhängigkeit Syriens entfalten bei dieser Gelegenheit eine rege Propaganda. Sie werden kaum in nächster Zeit schon ihr Ziel erreichen. Frankreich kann in diesem wichtigen Moment das Mandat nicht aus den Händen geben, weil sich sonst Italien sofort an seine Stelle setzt, um mit ganzer Energie und sicher mit wachsendem Erfolg den Aufbau seiner Machtstellung im Mittelmeer in Angriff zu nehmen.

Italiens Politik hat durch Mussolini eine Zielstrebigkeit erlangt, wie sie seit Cavour's Zeiten nicht mehr erlebt worden ist. Die Kämpfe um die Herrschaft in Cyrenaika sind durch die friedliche Besetzung der Oase Andjila, die seinerzeit von Ägypten unfreiwilligerweise an Italien abgetreten wurde, zum glücklichen Abschluß gelangt. Das nächste fascistische Ziel in Afrika ist Tunis. Die französischen Nationalisten sehen schon Algerien und damit das ganze arabischen Kolonialreich Frankreichs in den Händen der Italiener. Sicher ist, daß die gegenwärtigen Lenker des italienischen Staatschiffes ihren Blick auf Neuland gerichtet haben.

Im Dodekanes, auf der von Griechen bewohnten Insel Kalymnos, geht gegenwärtig ein ähnlicher rigoroser Italienisierungsprozeß vor sich, wie in Oberetsch. Die Bewohner schicken einen bewegten Appell an den Völkerbund: Helft uns gegen die Faschisten! Sie werden in Genf kaum den Schutz

finden, den man ihnen in den Verträgen versprochen hat und die der Garantie des Völkerbundes unterstehen. Denn noch liegt das Schwergewicht für die politischen Entscheidungen nicht innerhalb, sondern außerhalb des Völkerbundes. Das Agens in allen Vorgängen, in den Gruppierungen und Bündnissen, die in der Luft liegen und plötzlich Wirklichkeit werden, in den Entschliessungen der Außen- und der Kriegsministerien ist immer noch das imperialistische Interesse der Großmächte. An die Stelle Deutschlands und insbesondere an die Stelle der zertrümmerten Donaumonarchie ist heute Italien getreten. Wie sehr dieses sich schon in die übernommene Rolle hineingewachsen hat, zeigt die Art, wie es sich jedem Balkanbund entgegenstellt und wie es auch den ungarischen Keil in der Kleinen Entente mit bewußter Konsequenz festigt. Die Diktatur des Generalisimos in Griechenland ist den italienischen Zielen günstig. Sie hindert die Bildung des Balkanbundes, weil sie wie alle Diktaturen nationalistisch und aggressiv ist. Pangalos ist eben daran, mit fascistischer Rücksichtslosigkeit jeden Widerstand gegen sein Regime zu unterdrücken. Die neuesten Opfer seiner Gewalt Herrschaft sind der gewesene Ministerpräsident Papanastasiu und der General Kondilis. Ein außerordentlicher Gerichtshof soll dem griechischen Mussolini die Opposition vom Halbe schaffen.

Der Balkan scheint noch weit entfernt zu sein von dem Friedenspakt, den einsichtige Männer erstreben. In Rumänien wirkt die Abdankungsaffäre zerfetzend nach. Die Opposition macht gewaltige und anscheinend erfolgreiche Anstrengungen, das Gewaltregiment des Britannu zu brechen, Kronprinz Carol wieder zurückzurufen und neu in seine Thronrechte, auf die er nur gezwungen verzichtet haben will, einzusetzen. Rumänien bedeutet unter solchen Verhältnissen einstweilen noch keinen Friedensfaktor auf dem Balkan. Wenn die Türkei Anstrengungen macht, mit den Balkanmächten einen Pakt zu schließen, so ist dies natürlich als ein politisches Manöver mit Blick auf Mosul zu bewerten: Rückendeckung. Der englische Gegenzug wird auch hier nicht ausbleiben.

Wenn die Deutschen in Genf einziehen, werden sie eine recht interessante Gesellschaft von Simultanspielern vor sich haben. Chamberlain, Briand, Mussolini — und draußen — durch den Telegraph verbunden — Tschitscherin und Ruchdi Bey; jeder hat ein halbes oder ganzes Duzend Bretter vor sich, und schweigend werden die Figuren geschoben, wenn es nicht etwa Mussolini gefällt, eines der Schachbretter, wie kürzlich das der Alldeutschen, polternd umzuklopfen, um es — sachte und persönlich wieder aufzustellen.

Die Deutschen werden sich die Partien zuerst besehen und dann gemäß ihre eigenen Figuren aufstellen. Der Streit um die Sitze im Völkerbundsrat wird im März kaum entschieden werden; die Mühlen der Diplomaten mahlen dazu zu langsam. Aber Genf wird durch Deutschlands Anwesenheit entschieden an Gewicht gewinnen, auch wenn es zu der hohen Politik vorläufig bloß die Bankettreden der Diplomaten wird liefern dürfen, während die eigentliche Politik draußen gemacht wird. Dies trotz der „Endgültigen Karte Europas“, die kürzlich von der Botschafterkonferenz dem lebenswichtig-geschäftigen Sekretär Drumond zur Aufbewahrung überreicht worden ist.

Eine für schweizerische Verhältnisse seltene Gelegenheit, in hoher Politik an die europäische Öffentlichkeit zu treten, war kürzlich Bundesrat Motta durch die Interpellationen Balloton und Dr. Huber geboten. Seine Kluge, aber die sowjetrussischen Zumutungen deutlich ablehnende Rede hat in der Presse des In- und Auslandes (Rußland natürlich ausgenommen) die wärmste Zustimmung gefunden. Die Schweiz läßt die Türe zu neuen Verhandlungen offen. Tschitscherin hat Gelegenheit, seine Gesinnung in der Abrüstungsfrage unzweideutig kund zu tun. -ch-